

IRAK

Offen für Geschäfte



Starthilfe der Vereinten Nationen: Stromversorgungsprojekt im Nordirak im Rahmen des UN-Programms Food for Oil.

(Foto: Sonia Dumont/UN)

Im Irak werden Gesetze zur Privatisierung der Wirtschaft erlassen. Nicht immer entsprechen sie den Idealen des "freien Marktes". In den Betrieben wird der gewerkschaftliche Widerstand organisiert.

Neue Herausforderungen führen manchmal zu überraschenden Erkenntnissen. "Die Zukunft des irakischen Volkes sollte nicht durch die enorme Bürde der Schulden belastet werden, die zur Bereicherung des Regimes Saddam Hussains aufgenommen wurden", meint US-Präsident George W. Bush. Am Freitag der vergangenen Woche ernannte er den ehemaligen Finanz- und Außenminister James A. Baker zum Sonderbeauftragten für die Reduzierung dieser Last.

Nach einem Regimewechsel die Schulden eines Landes zu reduzieren oder gar zu streichen, hat in den vergangenen Jahrzehnten jede US-Regierung abgelehnt. Allein die irakischen Kreditschulden aber betragen etwa 120 Milliarden Dollar. Hinzu kommen Verbindlichkeiten aus nicht bezahlten Verträgen und Reparationsleistungen für durch den zweiten Golfkrieg entstandene Verluste in Höhe von mindestens 80 Milliarden Dollar.

Die Kehrtwende der US-Regierung bringt die Regierungen der EU, die sich in der Schuldenfrage gerne als im Vergleich zu den hartherzigen US-Kapitalisten generöse Partner der "Dritten Welt" präsentieren, in eine unbequeme Position. Die deutsche Bundesregierung etwa, die nach dem Ende des Krieges noch darauf bestand, dass jede gelieferte Giftgasfabrik auch bezahlt wird, signalisiert nun Kompromissbereitschaft. "Ich will auch einen teilweisen Erlass von Schulden nicht ausschließen", erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder. Diese neue Linie wurde wohl nicht zufällig verkündet, kurz nachdem am Freitag der vergangenen Wo-

che 16 staatliche Exportbanken, die Besatzungsbehörde Coalition Provisional Authority (CPA) und die Trade Bank of Iraq in Rom ein Abkommen zur Bereitstellung von Krediten in Höhe von 2,4 Milliarden Dollar für Lieferungen in den Irak unterzeichnet hatten.

Staatliche Garantien für US-Firmen

Bereits Ende Mai erklärte der US-Verwalter Paul Bremer, der Irak sei nun "offen für Geschäfte". Diese Einladung gilt aber nicht für alle: Unternehmen aus den Kriegsgegnerländern Deutschland, Frankreich und Russland, aber auch Luxemburg hat die Bush-Administration vom Wettbewerb um Aufträge aus dem 18,6-Milliarden-Dollar-Topf zum Wiederaufbau des Irak explizit ausgeschlossen. "Der Schritt ist notwendig, um die wesentlichen Sicherheitsinteressen der USA zu schützen", begründete Bushs stellvertretender Verteidigungsminister Paul Wolfowitz die Maßnahme.

Die von Paul Bremer geleitete CPA hat bereits seit Frühjahr diesen Jahres eine rege Gesetzgebungstätigkeit entfaltet, die jedoch keineswegs in allen Punkten den Idealen des "freien Marktes" entspricht. So gestattet das im September erlassene Dekret 39 ausländische Investitionen, nimmt aber die Nutzung natürlicher Ressourcen, sowiedie Banken- und Versicherungsbranche aus. Die Kontrolle des Finanzsektors garantiert der CPA Einfluss auf die Wirtschaft, und sehr schnell hat die US-Regierung erkannt, dass sie sich mit der ursprünglich geplanten Privatisierung der Ölwirtschaft dringend benötigte Gewinne

entzogen hätte. "Sie werden für die Regierungsfinanzen sorgen", erklärte US-Finanzminister John Snow. Damit wird die US-Regierung auch zu einem inoffiziellen Mitglied der Opec und kann Fördermenge und Preis beeinflussen. Die staatliche Kontrolle der Ölwirtschaft ermöglicht auch die Privilegierung von staatsnahen US-Konzernen wie Halliburton und Bechtel. Sie operieren mit "cost-plus contracts", ihnen wird ein prozentualer Profit staatlich garantiert und die Regierung zahlt entsprechend den von den Firmen berechneten Kosten.

Auf solche staatlichen Garantien müssen andere ausländische Firmen verzichten, ihnen wird jedoch in Dekret 37 eine extrem niedrige Besteuerung von höchstens 15 Prozent zugestanden. Die CPA hofft, mit günstigen Konditionen trotz des noch etwas rauen Investitionsklimas die Privatisierung der etwa 200 staatlichen Holdings schnell abwickeln zu können. Diese Betriebe, die etwa 700.000 Menschen beschäftigen, müssten Schätzungen zufolge mindestens die Hälfte ihres Personals entlassen, um profitabel arbeiten zu können. Die Shock-and-awe-Politik bei der Privatisierung wird im Irak heftig kritisiert, nicht zuletzt von den Beschäftigten in den potenziell betroffenen Unternehmen.

"Der Sturz des Saddam-Regimes hat zu einer Explosion der Organisationsaktivität geführt", resümiert der US-Gewerkschafter David Bacon, der zahlreiche irakische Betriebe besuchte. Im Juni versammelten sich 400 Gewerkschafter in Bagdad, heute existieren in vielen Betrieben

Gewerkschaftsgruppen. "In dieser Firma waren wir daran gewöhnt, militärische Befehle zu erhalten, am Freitag oder an Feiertagen ohne Bezahlung zu arbeiten", erklärte der Gewerkschafter Riyaad Hassan gegenüber Shoayiah al-Omalia, der Zeitung der Arbeiterkommunistischen Partei des Irak. Ende Oktober aber wählten die Beschäftigten der General Company for Cotton Industries Delegierte. "Unser wichtigstes Ziel war es, eine Vereinigung oder Gewerkschaft zur Verteidigung der Arbeiterrechte und zur Demokratisierung der irakischen Gesellschaft zu gründen."

Gewerkschaften verboten

Doch starke Gewerkschaften sind in den Demokratisierungskonzepten der US-Regierung nicht vorgesehen, die CPA zeigt bei der Arbeitsgesetzgebung bislang wenig Reformfreude. 1987 ließ das Regime Saddam Hussains per Dekret alle Angestellten des öffentlichen Sektors zwangsweise verbeamten und entzog ihnen das Recht auf Bildung von Gewerkschaften. Auf die Frage David Bacons, ob dieses Gesetz widerrufen werden soll, mochte Vizearbeitsminister Nuri Jafer nicht antworten.

Den Recherchen David Bacons zufolge überschreiten die heutigen Löhne nicht die in den letzten Jahren des baathistischen Regimes gezahlten Beträge, ein Arbeiter erhält umgerechnet knapp 50 Euro. Die Arbeitslosigkeit wird auf mindestens 20 Prozent, in manchen Gebieten auf 70 Prozent geschätzt, und die meisten Lohnabhängigen sind die einzigen in ihrer Familie, die überhaupt ein Einkommen haben. Nuri Jafer wünscht die Einführung einer Arbeitslosenhilfe, muss aber bekennen: "Bis jetzt hat sich leider noch kein Land bereit erklärt, uns bei der Finanzierung zu helfen." Die Arbeitslosengewerkschaft UUI fordert monatliche Zahlungen von 100 Dollar. Die gewerkschaftliche Organisation wird von den Besatzungsbehörden geduldet, doch selbst dort, wo das

Management zum Abschluss eines Tarifvertrages bereit wäre, ist eine Einigung unmöglich, solange die baathistische Gesetzgebung gültig bleibt. Nicht zuletzt deshalb kommt es immer wieder zu Warnstreiks und Protestdemonstrationen.

Die Beschäftigten der General Company for Cotton Industries in Bagdad setzten einem Bericht von Shoayiah al-Omalia zufolge in einem dreitägigen Streik Anfang November sogar eine begrenzte Arbeiterkontrolle durch. Nachdem die Betriebsführung während der Verhandlungen Gewerkschaftsdelegierte und Angestellte bedroht hatte, blockierten die Beschäftigten kurzerhand die Fabrik und warfen die unbeliebtesten Manager hinaus. Ein Komitee von Gewerkschaftsdelegierten soll nun durch die Kontrolle des Verkaufs sicherstellen, dass die vereinbarten Prämien tatsächlich ausbezahlt werden.

Auch wenn in der "internationalen Gemeinschaft" schon eifrig über die Verteilung der Gewinne des Irakgeschäfts gestritten wird, ist also keineswegs sicher, dass die Privatisierung reibungslos ablaufen wird. In dieser Woche wollen Vertreter der irakischen Gewerkschaften ihren Entwurf für ein neues Arbeitsgesetz vorlegen.

Weitere Auseinandersetzungen mit der CPA dürften folgen. Nicht nur wegen deren gewerkschaftsfeindlicher Haltung fordern Vertreter der sozialen Bewegung im Irak die schnelle Übergabe der Macht an eine gewählte Regierung. Zugleich aber kämpfen sie gegen den rechtsextremen Terror, der die Diktatur wieder herstellen will. Nicht der von einem großen Teil der westlichen Linken bejubelte "Widerstand" baathistischer und islamistischer Gruppen, sondern die beginnenden sozialen Kämpfe stellen die kapitalistischen Pläne für die Zukunft des Irak in Frage.

Jörn Schulz

Avis

PROCHAINS EXAMENS OFFICIELS DE LANGUE

AU CENTRE DE LANGUES LUXEMBOURG

ALLEMAND; LUXEMBOURGEOIS

Le Centre de Langues organise les épreuves pour l'obtention des diplômes du

Goethe-Institut Zertifikat Deutsch Zentrale Mittelstufenprüfung

Date de l'écrit: 3 février 2004
Date de l'oral: entre le 11 et le 13 février 2004
Inscriptions jusqu'au 9 janvier 2004

LaF, Ministère de l'Éducation Nationale Luxembourg

bourg et Centre de Langues Luxembourg Zertifikat

1. Diplom
Date de l'écrit: 6 mars 2004
Date de l'oral: entre le 8 et le 12 mars 2004
Inscriptions jusqu'au 6 février 2004

Fiches d'inscriptions et renseignements au Centre de Langues Luxembourg
21, bd. de la Foire L-1528 Luxembourg
Tél.: 26 44 30 61
Fax: 26 44 30 60
e-mail: exam@ccl.lu
possibilité de s'informer et de s'inscrire directement par l'Internet sous
www.ccl.lu

Jörn Schulz ist Redakteur der Berliner Wochenzeitung jungle world. Für die woxx berichtete er zuletzt im Juni (woxx 697) über die EU-Intervention im Kongo.